

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung

29. Juni 2013, 10.30 - 16.00 Uhr, La Grenette, Fribourg

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Anik Glaus, Ursula Wolfsberger
Anwesend: 184 Delegierte und xxx Gäste

Anmerkung zum Protokoll:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von **Jacqueline Fehr**, Nationalrätin Kanton Zürich, eröffnet. Es folgen Grussworte von **Pierre-Alain Clément**, Stadtpräsident Fribourg, und **Anne-Claude Demierre**, Staatsratspräsidentin Kanton Fribourg.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Edith Siegenthaler, Barbara Kern, Margrit Grünwald, Christophe Gremion, Luka Markic, Guido Berlinger, Pia Neuhaus, Andrea Arezina.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Andreas Berz, Martin Nobs, Martin Pfister, Marcel Mesnil, Steffi Lüthi, Felix Birchler, Christiane Aeschmann, Severin Toberer.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Markus Müller und Karin Mader werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

Antrag:

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

- Traktandum 5: Neues Reglement SP Frauen
- Traktandum 8: Parolenfassung 1:12-Initiative
- Traktandum 9: Initiativprojekte I bis VI
- Traktandum 10: Resolutionen R-1 bis R-4 und Antrag A-1

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin Peywand Kassraian genehmigt.

Wortmeldungen

Jan Fässler sagt, dass die Schlussabstimmung zum Altersvorsorgepapier fehlt und das Papier nicht verabschiedet wurde.

Jacqueline Fehr sagt, dass das Protokoll richtig ist. Es gab fälschlicherweise keine Schlussabstimmung, es wurde aber beschlossen, dass das Papier als genehmigt gilt. Es war keine Absicht sondern ein Verfahrensfehler.

2. Mitteilungen

Leyla Gül äussert sich zum 125-Jahre-Jubiläum der SP Schweiz am 7. September 2013 in Bern. Es sind bereits rund 1500 Anmeldungen eingegangen, man kann aber auch ohne Anmeldung ans Fest kommen. Ein grosses Dankeschön geht an die Delegiertenversammlung, die Kantonalparteien und die Sektionen für ihre Unterstützung. Das Festprogramm wird am 1. Juli aufgeschaltet. Das Fest startet um 13 Uhr auf dem Waisenhausplatz mit der Präsentation und Verabschiedung der Jubiläumsbotschaft, die den Beitrag der SP Schweiz zu einer sozialeren, solidarischeren und umweltfreundlicheren Schweiz aufzeigt. Anschliessend geht das Programm auf dem Waisenhausplatz mit Reden, Konzerten und anderen künstlerischen Beiträgen bis 19.30 Uhr weiter. Parallel dazu startet ab 15 Uhr das Programm im und um das Kulturzentrum Progr. Alle Kantonalparteien und Sektionen sollen einen Beitrag von 125 CHF bezahlen. Zudem darf man gerne einen Kuchen für das Fest mitbringen.

Leyla Gül informiert über einen personellen Wechsel im Zentralsekretariat der SP Schweiz: Andreas Käsermann, der bisherige Mediensprecher der SP Schweiz, wird verabschiedet. Gleichzeitig wird Michael Sorg, der neue Mediensprecher, begrüsst.

Flavia Wasserfallen informiert über einen Wechsel in der Geschäftsleitung: Arnaud Bouverat sowie Lathan Suntharalingam werden verabschiedet. Für Arnaud hat die SP VD Stéphane Montangero als Nachfolger bestimmt. Die Nachfolge von Lathan wird am nächsten Parteitag bestimmt, da er frei gewähltes Mitglied ist.

3. Rede Christian Levrat

Christian Levrat hält eine Rede zum 125-Jahre-Jubiläum der SP Schweiz.

Das Referat von *Christian Levrat*, Präsident der SP Schweiz und Ständerat des Kantons Freiburg, kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

Es folgt ein Verabschiedungsfilm von Hans-Jürg Fehr. Er wird an der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2013 anwesend sein und verabschiedet.

4. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Simonetta Sommaruga äussert sich zum Thema der Zuwanderung. Im Rahmen einer Debatte im Nationalrat zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP wurden sowohl Nachteile wie Vorteile der Zuwanderung diskutiert. Es stellt sich die Frage, ob wir auf die Zuwanderung angewiesen sind. Die Antwort ist, dass wir beispielsweise in der Baubranche und in Spitälern einen hohen Teil an Ausländern haben und benötigen. Dies ist jedoch eine ergänzende und nicht eine verdrängende Zuwanderung. Der Anteil der Sozialhilfebezüger hat nicht zugenommen. Die Strassen und Züge sind vor allem auch wegen der vielen Pendler verstopft und die Wohn- und Immobilienpreise sind aufgrund des gewachsenen Wohnraumbedarfs gestiegen. Die Zahlen zeigen, dass es kein einheitliches Bild über die Folgen der Einwanderung gibt und sowohl positive wie negative Aspekte auffallen. Das Volk unterstützt die Personenfreizügigkeit, es erwartet aber im Gegenzug Antworten auf die negativen Folgen der Zuwanderung. Bei der Einführung der Personenfreizügigkeit hat die SP flankierende Massnahmen gefordert, die zentral sind, damit das Volk die Personenfreizügigkeit weiterhin befürwortet. Es liegt auch an der Wirtschaft, die durch die Zuwanderung bereichert wird, Verantwortung zu übernehmen: Zuwanderer müssen in allen Bereichen integriert werden. Der Bund will preisgünstigen Wohnraum zusätzlich fördern. Das Volk hat mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative und dem revidierten Raumplanungsgesetz aber ein Zeichen gegen die Zersiedelung gesetzt. Der öffentliche Verkehr muss ausgebaut werden, FABI mit 6.4 Milliarden Franken ist eine gute Massnahme. Präventive Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung gibt es ebenfalls: die Arbeitskräfte müssen im Arbeitsmarkt integriert werden, insbesondere Frauen. Beruf und Familie müssen vereinbart werden können, Mütter müssen im Arbeitsmarkt integriert bleiben. In dieser Hinsicht ist die Schweiz noch ein Entwicklungsland, das bedeutet aber, dass auch noch Entwicklungspotenzial besteht. Die Gastronomiebranche geht mit gutem Beispiel der Integration voran: sie hat eine Flüchtlingslehre eingeführt. Der Bundesrat kann dies alles aber nicht alleine regeln, da wir föderalistisch aufgebaut sind, müssen alle dabei mithelfen, es braucht alle. Wir sind ein Land mit ausgeprägter Sozialpartnerschaft und Qualität, wir müssen dies nutzen, um Vertrauen zu schaffen. Auch die SP ist auf allen Ebenen gefordert, sich einzubringen. Die Zuwanderung soll nicht als Problem sondern als Bereicherung wahrgenommen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Zuwanderer als Menschen und als kulturelle Bereicherung wahrgenommen werden und nicht als Wirtschaftsfaktor. Antworten und Lösungsvorschläge auf diese Probleme waren bisher vor allem Kontingente, Höchstzahlen, Inländervorrang etc. Kontingente beispielsweise hatten wir schon,

in gewissen Jahren war die Zuwanderung trotzdem sehr stark, es führt nicht automatisch zu tieferer Zuwanderung. Kontingente bedeuten zudem viel Bürokratie, weshalb sich fast alle Parteien und die Wirtschaft dagegen aussprechen. Die Bevölkerung hat bereits 3x Ja gesagt zur Personenfreizügigkeit, jetzt kann sie sich ein viertes Mal äussern und das ist sehr gut. Es geht um einen Systemwechsel. Unser Engagement war stets von entscheidender Bedeutung und dies wird auch in Zukunft nicht anders sein.

5. Statutarische Geschäfte

Verabschiedung Jahresrechnung 2012

Leyla Gül präsentiert die Jahresrechnung 2012, die ausgeglichen abschliesst. Die Gründe dafür sind, dass die SP von der Mehrwertsteuer-Pflicht befreit ist, die Fundraising-Einnahmen im Dezember sehr gut waren und im Oktober 2012 auf eine Abstimmungszeitung verzichtet wurde. Für die Wahlen 2015 konnten Rückstellungen gemacht werden. Ein Dankeschön geht an Karin und Roland Laube und die Mitglieder der FiKo für die Arbeit.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, die Jahresrechnung 2012 zu genehmigen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

Wahl der Revisionsstelle

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, Roland Laube, BERO Treuhand AG, für die Jahre 2013 und 2014 als Revisor zu wählen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Revisionsstelle wird mit klarer Mehrheit gewählt.

Genehmigung neues Reglement SP Frauen

Yvonne Feri vertritt den Antrag der SP Frauen. Die Frauenkoordination vom 3. November 2013 hatte aufgrund des zweijährigen Prozesses um die Einbindung der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik in die SP Schweiz beschlossen, Arbeitsgruppen innerhalb der SP Frauen Schweiz zu bilden, die allen Geschlechtern offen stehen. Diese Diskussion führte auch zu einer neuen Definition des Ziel- und Zweck-Artikels, der die sozialdemokratisch-feministische Bewegung und die Anbindung an die Menschenrechte ins Zentrum stellt. Zusätzlich wurde eine breitere Abstützung aller Landesteile in der Leitung der SP Frauen und damit die Bildung einer Geschäftsleitung beschlossen. Zudem bot die Überarbeitung die Möglichkeit die Begrifflichkeiten neu und besser verständlich zu besetzen: Die Frauenkoordination wird damit zur Konferenz und die Konferenz zur Mitgliederversammlung. Dieses neue Reglement wurde von der Konferenz der SP Frauen Schweiz vom 27. April 2013 verabschiedet.

Wortmeldungen

Claudio Marti sagt, dass die neu gegründete Arbeitsgruppe Gleichstellung der SP Schweiz das neue Reglement der SP Frauen unterstützt. Die Zusammenarbeit mit den SP Frauen ist sehr wichtig, auch dank ihnen ist es gelungen ein Gefäss für Gleichstellungspolitik zu schaffen.

Patrizia Mordini sagt, dass die Arbeitsgruppe Gleichstellung bestimmte Tätigkeitsfelder konkreter angehen will, unter anderem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Sensibilisierung für Teilzeitarbeit, Care-Arbeit und die Überwindung von geschlechtsspezifischen Stereotypen und Geschlechterrollen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, das neue Reglement der SP Frauen zu genehmigen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das neue Reglement wird mit grosser Mehrheit genehmigt.

6. Gastredner Prof. Ulrich Thielemann

Ulrich Thielemann äussert sich zur Verteilungsgerechtigkeit und zur Fairnessfrage.

Das Referat von *Ulrich Thielemann*, Direktor MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik, kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

7. Präsentation und Verabschiedung der Resolution „Programm für mehr soziale Gerechtigkeit“

Andy Tschümperlin stellt die Resolution „Programm für mehr soziale Gerechtigkeit“ vor. Die letzten Jahre in der Schweiz waren geprägt von wachsender Ungleichheit. Während die obersten Gehälter stetig zunehmen, stagnieren die unteren Gehälter. Die sozialdemokratische Botschaft lautet, dass mehr Gleichheit nötig und möglich ist und der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommt. Die SP kämpft mit verschiedenen Initiativprojekten für mehr Gerechtigkeit: mit der 1:12-Initiative, der Mindestlohninitiative, der Abschaffung der Pauschalbesteuerung und der Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer. Zur Erhöhung der AHV-Renten werden noch Unterschriften gesammelt.

Wortmeldungen

Rolf Zimmermann sagt, dass der Vorstand der SP 60+ die Resolution einstimmig unterstützt. Das vorgelegte Papier sollte aber nicht nur von Volksinitiativen sprechen, sondern breiter abgestützt sein. Themen wie die Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben, steuerliche und sozialpolitische Forderungen, Wohnsituation, Gesundheitsrisiken, Abbau öffentlicher Infrastrukturen etc. hängen zusammen. Es muss mehr auf den sozialpolitischen Zusammenhang hingewiesen werden.

Markus Brandenberger sagt, dass er sich für die fünfte Initiative den einfacheren Titel „Würdiges Leben“ wünscht. Die SP 60+ erwartet von der SP Schweiz einerseits, dass sie die Entkopplung der AHV- und IV-Renten und somit die Schlechterstellung der IV-Rentner nicht akzeptiert, und andererseits, dass die Ergänzungsleistungen immer wieder thematisiert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig gutgeheissen.

8. Initiative 1:12 „Gemeinsam für gerechte Löhne“

David Roth äussert sich zur 1:12-Initiative. Seit 1984 hat sich die Höhe der Managerlöhne zunehmend gesteigert. Die Abzockerei ist nicht mehr länger auf den Bankensektor beschränkt, sie breitet sich immer mehr aus, ganz nach dem Motto „Keiner zu klein, ein Abzocker zu sein“. Auf der Gegenseite herrscht grosse Verunsicherung und die Angst ist da, dass die Schweiz nach der Abstimmung nicht mehr so ist wie vorher. Das Erfolgsmodell Schweiz beruht nicht auf der Abzockerei einiger Manager, sondern auf jenen Leuten, die ehrlich und fleissig arbeiten. Wir brauchen Demokratie und Gleichheit. Diese Initiative ist die Lösung für das Problem der Abzockerei.

Kristina Schüpbach sagt, dass niemand damit gerechnet hätte, dass diese Initiative im Stande ist, eine derartige Verunsicherung auszulösen, so dass sogar der Abstimmungstermin verschoben wird. Diese Initiative kommt genau zur richtigen Zeit, in welcher sich die Manager immer mehr bereichern und die Situation der Ärmsten immer prekärer wird. Mit der 1:12-Initiative fordern wir eine gerechtere Welt. Um die Initiative zu gewinnen, braucht es das Engagement von allen. Es sollen sich möglichst alle bei der Kampagne aktiv beteiligen und gerne auch etwas spenden.

Stefan Krattiger macht einen kurzen Ausblick auf die 1:12-Kampagne. Wichtig ist, dass auch die SP im Abstimmungskampf wahrgenommen wird und dass wir zeigen, dass es auch unser Anliegen ist. Es wird eine Basiskampagne geben. Gemeinsam mit der JUSO ist eine ehrgeizige Aktion geplant: bis im Oktober sollen 10'000 Fahnen im ganzen Land hängen. Der 1. Schritt ist, dass am 16. August 700 Leute Fahnen aufhängen und ein Foto schicken. Im 2. Schritt braucht es Leute, die am 24. August rumtelefonieren und die Leute motivieren, Fahnen aufzuhängen.

Christian Levrat vertritt den Antrag der Geschäftsleitung. Die ganze Partei muss sich massiv ins Zeug legen für diese Initiative. Die Initiative ist die konkrete Antwort auf eine Realität, in der die unteren Lohnklassen Abstriche von mehreren Prozenten akzeptieren müssen, während die hohen Löhne explodieren. Die Kluft zwischen Arm und Reich weitet sich immer mehr und spaltet die Gesellschaft. Es ist ein Kampf in fünf Phasen: die Minderinitiative, die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative, die Erbschaftsinitiative und die Initiative zur Streichung der Pauschalbesteuerung. Diese Initiativen braucht es, um das Bild unserer Schweiz zu verteidigen. Die 1:12-Initiative soll in den nächsten Jahren diese Schiefelage beheben.

Wortmeldungen

Markus Brandenberger sagt, dass die SP60+ die Initiative unterstützt. Die Zustimmung zur Initiative ist Ausdruck der Auflehnung gegen einen unsolidarischen, gefährlichen Zustand. Es gibt keinen Grund eine grössere Spanne als 1:12 zu akzeptieren.

Markus Meisinger sagt, dass man bei dieser Initiative den Unmut im Volk ausgenutzt hat. Man darf die Konsequenzen in dieser gesamten Debatte nicht völlig ausser Acht lassen, beispielsweise, dass Manager ihre Firma ins Ausland verlagern und Arbeitsplätze verloren gehen. Es ist deshalb fragwürdig, die wenigen exzessiven Fälle anzuprangern. Die Mindestlohninitiative trifft das Problem besser, sie wird in Niedriglohnbereichen etwas bewirken, die 1:12-Initiative eher nicht.

Jan Fässler sagt, dass mit dieser Initiative etwas Bahnbrechendes erreicht wurde. Die Unterstützung der SP ist dabei zentral, alleine hätte dies die JUSO nicht erreicht.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt die Ja-Parole zur Initiative «1:12 - Für gerechte Löhne».

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird mit 164:0 bei zwei Enthaltungen beschlossen.

7. Vorstellung Initiativprojekte und Start der Vernehmlassung

Flavia Wasserfallen äussert sich zu den Initiativprojekten, die im Hinblick auf den Parteitag 2014 vorgestellt werden. Die Geschäftsleitung hat sich aus über einem Dutzend eingereichten Initiativprojekten für sechs Projekte entschieden, die ausgewogen breit sind und verschiedene Politikbereiche abdecken.

I. «Familienpolitik für alle!»

Jacqueline Fehr sagt, dass die Familien gestärkt werden müssen, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Aufgrund der veränderten Ausgangslage unserer Gesellschaft geht der Anteil Haushalte mit Kindern immer mehr zurück. Familienhaushalte sind finanziell speziellen Risiken ausgesetzt, sie haben weniger Spielraum, beispielsweise bei der Wohnungssuche etc. Es braucht deshalb einen Ausgleich zwischen Haushalten mit und solchen ohne Kinder. Das Initiativprojekt enthält 4 Elemente: Erstens müssen die Kinderzulagen erhöht werden. Zweitens braucht es Ergänzungsleistungen, die Familien vor Armut schützen. Drittens muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zusammenhang mit der Kinderbetreuung, der Teilzeitarbeit und dem Elternurlaub gestärkt werden. Und viertens muss auch die Pflege der Angehörigen stärker berücksichtigt werden.

II. «Lohnleichheit jetzt!»

Yvonne Feri sagt, dass Frauen im Schnitt 18.4% oder 1800 CHF im Monat weniger verdienen als Männer, wovon 677 CHF bei gleicher und gleichwertiger Arbeit auf diskriminierenden Faktoren beruhen. In Kadem sind die Diskrepanzen noch viel grösser und die Tendenz ist steigend. Die Mittel um gegen strukturelle Diskriminierungen zu kämpfen, sind jedoch ungenügend. Der Lohn-gleichheitsdialog des Bundes wird 2014 auslaufen. Die SP Frauen sind nicht weiter bereit, die Um-setzung der Lohn-gleichheit auf freiwilliger Basis zu akzeptieren, deshalb fordern sie eine Kontroll-behörde, die auch das Recht hat, Sanktionen zu verhängen. Ohne die Umsetzung der Lohn-gleichheit wollen die SP Frauen nicht auf die Diskussion um die Erhöhung des Rentenalters eintreten.

III. «Für eine Finanztransaktionssteuer»

Barbara Gysi sagt, dass die Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Gegenprojekt zu den Steuer-senkungen ist, die überall grassieren. Die Finanzwirtschaft untersteht aus technischen Gründen keiner Mehrwertsteuerpflicht und ist damit besser gestellt als alle übrigen Branchen. Die Banken zahlen fast keine Steuern, wurden aber vom Staat mit Millionen gerettet. Die Finanz- und Banken-welt muss umgebaut werden und die Finanztransaktionssteuer ist ein Mittel dazu. Finanztransakti-onen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern destabilisieren durch ihren spekulativen Charakter das Finanzsystem. Mit der Finanztransaktionssteuer sollen alle Transaktionen besteuert und dem Staat Einnahmen beschert werden. Das Projekt entspricht unserer Linie eines gerechte-ren Steuersystems.

IV. «Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung in der ganzen Schweiz»

Roger Nordmann sagt, dass die Schweiz Unternehmensgewinne anlockt, die im Ausland erzielt wurden und bei uns zu Dumpingsätzen versteuert werden. Die Schweiz streicht damit hohe Steuer-gewinne ein, die dem Fiskus der betroffenen Länder entgehen. Der Druck der EU wird immer grösser. Die Bürgerlichen haben diesbezüglich eine klare Agenda und wollen die Besteuerung der Unternehmen drastisch senken, was die Bevölkerung zu berappen haben wird. Es braucht seitens der SP eine Strategie, die zu einer vernünftigen und gerechten Lösung führt. Die Besteuerung der einheimischen Unternehmen würde mit dieser Initiative gesenkt und die Besteuerung der Multina-tionalen nach oben angeglichen, dadurch entstünden keine Ausfälle. Wenn diese Initiative nicht lanciert wird, werden die Bürgerlichen ihre nächste Steuersenkung durchbringen.

V. «Mehr Transparenz bei Parteifinzen»

Nadine Masshardt sagt, dass mit dieser Initiative endlich transparent gemacht werden kann, wo-her grosse Spenden in Wahl- und Abstimmungskampagnen stammen. Zwei Drittel der Schweizer Stimmbevölkerung wünscht sich laut Umfragen mehr Transparenz bei Parteifinzen. Das Parla-ment lehnte in den letzten Jahren jedoch zahlreiche Vorstösse dazu ab. Aktuell wird gegen die 1:12-Initiative von den Gegnern massiv gekämpft und die Masseneinwanderungsinitiative wird

durch Unbekannte finanziert. Da damit Abhängigkeiten entstehen können, wäre es gut zu wissen, woher dieses Geld stammt. Das Ziel der Initiative ist, ab einer gewissen Höher der Beträge (10'000 CHF) Klarheit zu schaffen, kleinere Spenden dürfen anonym bleiben. Mit mehr Transparenz schaffen wir Vertrauen in der Bevölkerung und stärken die Demokratie und die freie Meinungsbildung. Die Schweiz ist hier noch ein Entwicklungsland mit grossem Verbesserungspotential.

VI. «Für ein zeitgemässes Bürgerrecht»

Jon Pult sagt, dass die Initiative eine fundamentale Revision des Staatsbürgerrechts anstrebt. Sie enthält 4 Elemente: Erstens braucht es ein nationales, einheitliches Bürgerrecht. Zweitens erhalten alle MigrantInnen der dritten Generation das Anrecht auf eine automatische Einbürgerung und MigrantInnen der zweiten Generation eine erleichterte Einbürgerung. Drittens erhalten staatenlose Kinder automatisch das Bürgerrecht. Und viertens soll das schwedische Modell angewendet werden: jedes Kind, das mindestens fünf Jahre in der Schweiz verbracht hat, ist automatisch Schweizer Bürger. Über drei Millionen Menschen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund, wir sind ein Einwanderungsland und eine Einwanderungsgesellschaft. Mit diesem Projekt wollen wir einen linken, fortschrittlichen Patriotismus fördern. Es gibt keinen Grund, Kinder die hier aufwachsen, wegen ihres Hintergrundes zu diskriminieren.

Flavia Wasserfallen ruft dazu auf, beim E-Voting teilzunehmen und sich zu den Initiativprojekten zu äussern.

Wortmeldung

Daniel Furter sagt, dass zum fünften Projekt von 2009, dem Elternurlaub, nichts passiert und die Schweiz in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland ist. Die Familieninitiative ist erfreulich, sie ist jedoch zu allgemein und vereint zu viele Punkte in einer Initiative. Die Einheit der Materie muss nochmal überprüft werden, die Initiative erreicht sonst zu viele Gegner, wenn einer der vielen Punkte abgelehnt wird. Beim Elternurlaub hat die SP geschlafen, der Vater muss auch die Möglichkeit haben eine Beziehung zum Kind aufzubauen und einen Teil der Betreuung des Kindes zu übernehmen. Bei der weiteren Ausgestaltung der Familieninitiative soll der Fokus auf den Elternurlaub gelegt werden.

8. Resolutionen und weitere Anträge

R-1 Resolution der Geschäftsleitung der SP Schweiz: «Schluss mit dem repressiven politischen System von Recep Tayyip Erdogan – für Demokratie, Föderalismus und soziale Gerechtigkeit im Vielvölkerstaat Türkei»

Wortmeldung

Eric Voruz sagt, dass er die Woche zuvor beim Europarat war, wo es eine grosse Debatte zur Situation in der Türkei gab. Diese Resolution gilt es unbedingt zu unterstützen, es ist sehr wichtig eine Botschaft an die Türkei zu richten. Wir müssen die Linken in der Türkei unterstützen.

Beat Jans vertritt die Resolution der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Die Resolution muss unbedingt unterstützt werden. Die Menschen, die in der Türkei auf die Strasse gehen, setzen sich für Werte ein, für die sich auch die SP einsetzt. Die Resolution verlangt, dass wir uns mit den Menschen in der Türkei solidarisieren und die unverhältnismässigen Eingriffe verurteilen. Wir fordern die Anerkennung des Streikrechts in der Türkei und die Anerkennung von Minderheiten. Der Bundesrat soll sich nicht mehr länger nur an wirtschaftlichen Interessen orientieren, sondern sich auch für das Humanitäre einsetzen. Die Menschenrechtssituation in der Türkei muss berücksichtigt werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

R-2 Resolution JUSO Schweiz: Nein zu höheren Studiengebühren an den ETH

Meret Herger vertritt den Antrag der JUSO Schweiz. Bildung ist das wichtigste Gut einer demokratischen Gesellschaft, da sie kritisches Denken und selbstbestimmtes Handeln fördert. Eine Verdoppelung der ETH-Gebühren widerspricht unseren Grundsätzen. Die Höhe der Studiengebühren spielt eine entscheidende Rolle für Studenten. Diese Reform der Studiengebühren ist einerseits eine Selektion über das Portemonnaie, und andererseits auch über die Herkunft, da ausländische Studenten bis zu drei Mal höhere Studiengebühren bezahlen müssen. Dies ist eine Diskriminierung ausländischer Studenten, da sie keine schweizerischen Steuerzahler sind. Die Schweiz hat sich aber bewusst für das Bologna-System entschieden. Das Versäumnis des Bologna-Systems kann mit dem Einbau eines finanziellen Ausgleichs zwischen den Ländern nicht behoben werden.

Wortmeldungen

Roger Nordmann sagt, dass sich der Hochschulrat der Dynamik der Gebührenverdoppelung nicht bewusst war. Die parlamentarische Gegeninitiative will die Amerikanisierung und Privatisierung der ETH, so dass sie keine Leistung der öffentlichen Hand mehr sind. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass es eine wichtige Grundlage der Demokratie ist, dass die ETH durch die direkte Bundessteuer finanziert werden. Es ist auch die Aufgabe des Staates, eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, in der auch Ausländer studieren können, obwohl die Eltern hier nie Steuern gezahlt haben. Die Nationalität spielt dabei keine Rolle, sondern das Steuerdomizil. Für Studenten in der Schweiz werden die Gebühren nicht erhöht, es gibt nur einen Teuerungsausgleich. Der öffentliche Dienst soll in den Vordergrund gestellt werden. Deshalb ist der modifizierte Vorschlag der Geschäftsleitung zu empfehlen.

Benoît Gaillard sagt, dass es eine Ungleichbehandlung von Schweizer und ausländischen Studenten gibt, beispielsweise in St. Gallen und Luzern zahlen Ausländer fast das Doppelte. Die meisten Parlamentarier akzeptieren ein Verhältnis von 1:3, was besser ist als ein Verhältnis von 1:10. Der Bundesrat möchte auf keinen Fall eingreifen, er will nichts tun um den Zugang zu den Schweizer Hochschulen zu verbessern. Lediglich die Vereinheitlichung der Stipendien ist ein Ziel. Es sollte keine so grosse Kluft zwischen den Gebühren für Schweizer und ausländische Studenten geben.

Christian Levrat vertritt die Geschäftsleitung. Es wird eine modifizierte Annahme empfohlen. Die SP Schweiz engagiert sich weiterhin für eine solidarische, auf Chancengleichheit ausgerichtete Stipendien- und Gebührenpolitik, sowohl für den Tertiär A- wie für den Tertiär B-Bereich. Forderungen, Gebühren für Studierende zu verdoppeln, nur weil sie AusländerInnen sind, lehnt sie dezidiert ab.

Begründung: Die Geschäftsleitung der SP Schweiz teilt die Haltung der Jusos, dass Bildung ein Menschenrecht ist und Grundlage für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft sowie Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Der chancengleiche Zugang für alle, auch auf Tertiärstufe, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Aus diesem Grund unterstützt die SP die Stipendieninitiative und hat sich in der Vernehmlassung zum schwachen indirekten Gegenentwurf ebenfalls klar positioniert. Die parlamentarische Initiative 13.405 fordert, dass die Gebühren für Studierende, deren Eltern in der Schweiz steuerpflichtig sind, höchstens der Teuerung angepasst werden dürfen. Für alle anderen Studierenden dürfen die Studiengebühren höchstens das Dreifache dieser Gebühren betragen. Mit der Anknüpfung an die Steuerpflicht wird eine Diskriminierung nach Herkunft gerade vermieden. Ein „Schweizer Vorbildungsnachweis“ ist gerade keine Voraussetzung und die Mobilität wird gerade nicht eingeschränkt. Die starke Zunahme ausländischer Studierender in den letzten Jahren führt vielmehr zu einer finanziellen Bevorzugung der «BildungsausländerInnen», deren Eltern - im Gegensatz zu «BildungsinländerInnen» - nicht über Steuern zur Finanzierung der Hochschulen beitragen. Für Länder mit tieferen Gebühren, mit welchen ein ausgeglichener Studentenaustausch stattfindet, soll der Bundesrat das Reziprozitätsprinzip einführen können. Herzstück des Vorstosses ist aber, dass die zusätzlichen Einnahmen, die sich aus dem Zuschlag zu den ordentlichen Gebühren ergeben, zweckgebunden für Stipendien, Tutorate oder andere Massnahmen zugunsten der Studierenden verwendet werden. Das ermöglicht es, Massnahmen für Studierende aus benachteiligten Verhältnissen mitzutragen, unabhängig vom Pass. Mit der parlamentarischen Initiative konnte zudem verhindert werden, dass die beiden ETH die Studiengebühren für alle Studierenden verdoppeln. Die mit der parlamentarischen Initiative verfolgte Strategie der SP steht im direkten Widerspruch zur Motion 13.3031, die fordert, dass die ETH ihre Gebührenpraxis so anpassen können, dass ausländische Studierende doppelt so hohe Semestergebühren zu zahlen haben wie Schweizer Studierende. Auf diese Motion trifft die Analyse der Jusos vollumfänglich zu.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird in modifizierter Version der Geschäftsleitung mit klarer Mehrheit angenommen.

R-3 Resolution der SP MigrantInnen: «Kampagne Gemeindemitglieder ohne Schweizer Pass in kommunale Kommissionen»

Mustafa Atici vertritt die Resolution der SP MigrantInnen. Es ist ein Projekt, das MigrantInnen ohne Schweizer Pass ermöglicht, sich in Gemeindegremien zu engagieren, mitzureden und mitzugestalten. Die Untervertretung der MigrantInnen in der Politik soll so verringert werden. Bisher war es für MigrantInnen nur möglich, sich in Gemeinden politisch zu engagieren, die das Wahl- und Stimmrecht für AusländerInnen kennen. Ziel ist es, die Sektionen darauf hinzuweisen und dort zu fördern, wo es bereits möglich ist. Alle Kantonalparteien und Sektionen werden deshalb dazu aufgerufen, dieses Anliegen zu unterstützen. Jede Kantonalpartei soll zwei Vertreter in den provisorischen Vorstand der SP MigrantInnen entsenden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung die Resolution anzunehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird bei einer Enthaltung angenommen.

R-4 Resolution von Kaspar Sutter, SP Basel Stadt: «Die SP lehnt die pauschale Kriminalisierung der Schweizer Sportfans ab»

Kaspar Sutter vertritt den Antrag. Das Problem des Hooligankonkordats ist, dass es nur auf Repression und Pauschalisierung setzt. Durch Repression eskaliert die Situation aber immer weiter, sinnvolle Massnahmen wie der Dialog, die Fanarbeit und andere Massnahmen kommen nicht zum Zug. Alle Sportfans werden unter Verdacht gesetzt, es wird fast alles staatlich vorgeschrieben und eingeschränkt, von der ID-Pflicht bis zur Auswahl an Getränken in den Stadions. Diese Pauschalisierung ist nicht korrekt. Besser wäre es mit einigen wenigen flankierenden Massnahmen des Staates auf die Fanarbeit zu setzen. Das Konkordat soll gesamtschweizerisch gültig sein und nicht kantonal geregelt werden.

Wortmeldungen

Barbara Gysel sagt, dass das Hooligankonkordat ein Etikettenschwindel ist, weil es sich gegen alle wendet. Ein Anti-Fan-Konkordat wäre zutreffender. Verschärfungen auf Vorrat sind unerwünscht und können keine nachhaltige Lösung sein.

Edith Siegenthaler sagt, dass die modifizierte Version der Geschäftsleitung nicht stichhaltig ist. Die SP Stadt Bern ist klar gegen das Konkordat.

Urs Huber sagt, dass er die Haltung dieser Resolution nicht nachvollziehen kann. Inhaltlich kann man wie immer geteilter Meinung sein, aber Repression ist zu vermeiden. Es soll kein Geld in Sicherheitskräfte investiert werden. Dies ist kein Kernthema der SP.

Pascal Bührig sagt, dass vor allem private Sicherheitsfirmen von diesem Konkordat profitieren. Das Konkordat ist Teil des Abbaus der öffentlichen Sicherheit. Die Befürworter haben es bis anhin geschafft, den Inhalt dieses Konkordats völlig totzuschweigen. Inhaltlich verletzt das Konkordat aber Menschenrechte.

Corinne Fankhauser sagt, dass alle indirekt von den Verschärfungen durch das Konkordat betroffen sind. Unsere Grundrechte werden eingeschränkt, beispielsweise durch Untersuchungen im Intimbereich. Die Matchbesucher werden durch die Alkoholeinschränkung in Klassen eingeteilt, der Fansektor steht dem Cüplisektor gegenüber. Besser setzt man auf den konstruktiven Dialog zwischen Fans und Staat.

Regula Götsch sagt, dass es zwei Wege gibt: Prävention und Repression. Die SP Kanton Zürich ist der Meinung, dass es nicht ohne das Konkordat zu regeln ist. Die Kantone sollen selber entscheiden, wie sie mit dem Problem umgehen wollen. Es ist nicht nötig, dass die Delegiertenversammlung einen Entscheid dazu trifft.

Jan Fässler sagt, dass das Hooligankonkordat eine Sammlung von unverhältnismässig repressiven Massnahmen ist, die nichts bringen werden. Es ist lächerlich zu fordern, dass die Kantone das Problem selber lösen sollen, es muss national geregelt werden. Die SP soll dazu klar Stellung beziehen.

Barbara Gysi vertritt die Geschäftsleitung. Es wird eine modifizierte Annahme empfohlen.

Begründung: Die Geschäftsleitung zeigt Verständnis für die Anliegen der Resolution. Das Gleichgewicht zwischen berechtigten Sicherheitsbedenken einerseits und Schutz der Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen andererseits gilt es unbedingt zu beachten. Aus folgenden Gründen empfiehlt die GL eine modifizierte Annahme: Auf nationaler Ebene drängt sich keine Positionierung auf in dieser Frage der Verschärfung des Konkordats, da es sich um eine kantonale Kompetenz handelt und die Herausforderung der Gewalt an Sportanlässen sich von Stadt zu Stadt und von Kanton zu Kanton ganz unterschiedlich präsentiert. So scheint es wenig zielführend an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Für die SP Schweiz stehen folgende Massnahmen zur Eindämmung von Gewalt an Sportanlässen im Vordergrund:

- 1) Verbesserung der Gewaltprävention durch Stärkung und Ausbau der Fanarbeit (clubbezogene und sozioprofessionelle Fanarbeit) und dem Dialog aller Beteiligten (runder Tisch).
- 2) Die Sportclubs und Verbände müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und entschiedener und mit mehr finanziellen Mitteln gegen Gewalt im und um das Stadion vorgehen.
- 3) Konsequente Sanktionierung und Anwendung der bestehenden Strafandrohungen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird in modifizierter Version der Geschäftsleitung mit 77:60 Stimmen angenommen.

A-1 Rückzug Cleantech-Initiative

Roger Nordmann sagt, dass wir die Schlacht gegen die Atomwirtschaft gewonnen haben. Das Ziel ist, dass wir es schaffen die Atomwirtschaft abzuschaffen und weniger Energie zu verbrauchen. Dank unserer Initiative haben wir einen ersten Schritt gemacht und einen indirekten Gegenvorschlag erreicht, der die zentralen Anliegen der SP aufnimmt. Die Sache wurde durch die Räte verabschiedet. Diese erste Etappe ist ein grosser Erfolg, bereits ein Drittel der Abschaffung der Atomwirtschaft wurde dank uns erreicht. Der indirekte Gegenvorschlag kann bereits Anfangs 2014 in Kraft treten, wenn wir die Cleantech-Initiative zurückziehen. Und der Kampf geht weiter.

Beat Jans sagt, dass es entweder unsere Initiative oder den Gegenvorschlag des Parlaments gibt, beides geht nicht. Der Gegenvorschlag tritt nur in Kraft, wenn die Initiative zurückgezogen oder abgelehnt wird. Dieser Gegenvorschlag ist ein Grosse Erfolg für die Cleantech-Initiative und für unsere Partei. Mit dem indirekten Gegenvorschlag erreichen wir genau das, was die Initiative erreichen wollte: wir sichern Arbeitsplätze in diesem Bereich und treiben die Energiewende voran. Wenn die Cleantech-Initiative nicht zurückgezogen oder gewonnen wird, sind wir ca. 3 Jahre lang blockiert. Deshalb wollen wir die Leute nicht vor den Kopf stossen und die Cleantech-Initiative mit Begeisterung zurückziehen.

Wortmeldungen

Kristina Schüpbach sagt, dass es erstaunt, dass die SP die Initiative zurückziehen will. Es wäre jedoch fahrlässig das bereits Erreichte aufs Spiel zu setzen. Eine Initiative ist jedoch mehr als nur ein parlamentarisches Druckmittel. Mit einer Initiative sollen Debatten von Bern hinaus in die Bevölkerung getragen werden. Initiativen müssen ein gemeinsames Projekt sein, sonst werden jene, die sich dafür engagieren, vor den Kopf gestossen.

Ruedi Rechsteiner sagt, dass ein Rückzug der Initiative zu unglaublichen Fortschritten führt. Das Wichtigste ist, dass es dem Parlament gelungen ist, eine Deblockierung der über 125 Anlagen zu erreichen. Ein grosser Dank geht an Eric Nussbaumer und alle, die die Cleantech-Initiative in den letzten Jahren vorangetrieben haben. AKWs in der Schweiz sind Zeitbomben, es hat keinen Platz mehr für die Atomenergie.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag der Geschäftsleitung wird mit klarer Mehrheit unterstützt.

9. Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen am 22. September 2013

I. Parole zur Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“

Wortmeldungen

Jonas Zürcher sagt, dass man oft hört, dass die Armee ein kulturelles Sammelbecken unserer Gesellschaft ist. In der Armee gibt es aber keine Demokratie. Die Wehrpflicht hat eine andere Aufgabe. Befreien wir die Jungen von der Armee. Gleichstellung ist auch hier nötig.

Eric Voruz sagt, dass sich die Schweiz für eine Ausbildung zu Gunsten der kollektiven Sicherheit einsetzen muss. Es ist notwendig, dass wir uns der nationalen Lage bewusst sind, die fast täglich ändert. Die vorgeschlagene Initiative geht nicht in diese Richtung. Die Initiative stellt auch den Zivildienst in Frage, der eigentlich nicht in Frage gestellt werden soll. Er soll nützlich sein. Die Initiative ist eigentlich gegen unser Programm, das wir 2010 in Lausanne verabschiedet haben. Trotzdem gilt es den Antrag der Geschäftsleitung zu unterstützen.

Theodor Rüetschi sagt, dass die Armee nicht eine Frage der Grösse sondern eine Frage der Pflicht ist.

Barbara Berger sagt, dass nur Gleichberechtigung erreicht wird, wenn die Wehrpflicht für Männer aufgehoben wird. Für die Frauen soll die Wehrpflicht nicht obligatorisch werden, denn eine allgemeine Wehrpflicht wäre völkerrechtswidrig. Gleichstellung in der Armee bedeutet ein freiwilliger Wehrdienst sowohl für Männer als auch für Frauen. Das Gemeinwohl besteht nicht aus einem obligatorischen Wehrdienst. Da in der Schweiz sehr viel Freiwilligenarbeit verrichtet wird, sind ein freiwilliger Wehr- und Zivildienst erwünscht.

Fabio Canavascini sagt, dass man mit der Initiative unsere bewährte Armee zu Gunsten einer unklar definierten Berufsarmee aufgeben will. In einer Berufsarmee findet man aber Leute, die man schon heute nicht im Militär will. Eine Berufsarmee ist zudem unbezahlbar. Unsere Milizarmee ist unser einziges Mittel bei Krisen und Katastrophen.

Jean-Claude Rennwald sagt, dass Costa Rica ein gutes Beispiel eines armeefreien Staates ist und gut funktioniert. Die Initiative kann jedoch nicht unterstützt werden, weil sie der Berufsarmee Türen und Tore öffnet. Mit der Berufsarmee werden wir eine noch reaktionärere Armee als heute haben. Die SP soll einen weissen Zettel bei der Abstimmung abgeben.

David Roth erläutert die Empfehlung der Geschäftsleitung. Es gilt insbesondere drei Aspekte hervorzuheben: Erstens haben wir heute überhaupt keine Wehrpflicht, sie kann sehr einfach umgangen werden. Zweitens wird es nie eine Berufsarmee in der Schweiz geben, sondern eine freiwillige Milizarmee. Es bleibt weiterhin so wie heute, dass alle, die interessiert sind, den Wehrdienst absol-

vieren können. Und Drittens haben wir eine überholte Armee, es ist nicht mehr notwendig, so viele Soldaten zu haben. Zudem ist der Wehrdienst auch gesellschaftlich überholt. Diese Argumente sprechen nicht mehr für die Weiterführung der Wehrpflicht.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt die eidgenössischen Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ zur Annahme und damit die JA-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird mit 94:20 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen.

II. Parole Tankstellenshop-Referendum «Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag»

David Roth erläutert die Empfehlung der Geschäftsleitung. Auf kantonaler Ebene wird ständig über die Liberalisierung der Öffnungszeiten abgestimmt. Auf der nationalen Ebene gibt es nun einen weiteren Versuch, die Öffnungszeiten zu liberalisieren. Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ist jedoch immer zum Nachteil der VerkäuferInnen, die in einem Beruf arbeiten, in dem sowieso schon schlechte Bedingungen herrschen. Die Unterstützung der Nein-Parole wird deshalb empfohlen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Geschäftsleitung empfiehlt die Vorlage Änderung Arbeitsgesetz/Referendum „Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag“ zur Ablehnung und somit die NEIN-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Nein-Parole wird einstimmig beschlossen.

10. Schluss und Apéro

Andy Tschümperlin dankt allen für die Anwesenheit und der SP Fribourg für ihre Unterstützung bei der Organisation. Des Weiteren bedankt er sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von X-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 26. Oktober 2013 statt, der Ort ist noch nicht bekannt.